



Jahresbericht 2010

Themen eines Jahres

**Oswald von Nell-Breuning Institut
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik**

Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt/Main, Germany
Tel. 0049 (0) 69-6061-0, Fax -559
eMail: nbi@sankt-georgen.de

Inhaltsverzeichnis

1 Editorial	3
2 Personalia	4
Personen am Institut.....	4
Neue Mitarbeiter	5
3 Themen eines Jahres	6
3.1 THOMAS WAGNER Ferment einer parteiischen Kirche. Caritas inmitten sozialstaatlicher und kirchlicher Umbrüche	6
3.2 MARKUS DEMELE Normative Leitbilder informeller Erwerbsarbeit	12
3.3 WOLF-GERO REICHERT Wie moralisch ist die Moral der Banker?.....	18
3.4 BERNHARD EMUNDS Der Staat in der Wirtschaft. Eine neue-alte Aufgabenbestimmung angesichts der Krise	23
3.5 FRIEDHELM HENGSBACH SJ Was 2011 auf dem Spiel steht: Die Rekonstruktion Europas, nicht bloße Finanztechniken	29
4 Kooperationen	32
5 Veröffentlichungen	39
6 Rechenschaftsbericht 2010	46
7 NBI-Newsletter	47

1 Editorial

In den Jahren 2008 und 2009 hatten die Diagnose und die Begleitung des Managements der globalen Finanzkrise die sozioethische Reflexion am Nell-Breuning-Institut stark geprägt. Im Jahr 2010, das nicht nur für die katholische Kirche ein bewegtes Jahr war, spielten nun die Langzeitwirkungen dieser Krise und deren partielle Mutation zur Euro-Krise eine zentrale Rolle. Diese Tendenzen, aber auch der Umbau des deutschen Sozialstaats und das weltweite Wachstum der informellen Erwerbsarbeit spiegeln sich in den Leseproben wider, die wir für den vorliegenden Jahresbericht „Themen eines Jahres“ zusammengestellt haben.

Auch in diesem Jahr haben wir die Listen mit den Vorträgen und den Lehrveranstaltungen aus dem Jahr 2010 in einen separaten „Rechenschaftsbericht“ ausgelagert. Wenn Sie Interesse an dieser kleinen Broschüre haben, können Sie diese auf der Instituts-homepage „downloaden“ oder auch gerne bei uns bestellen.

Zu den personellen Veränderungen gehört, dass der empirische Sozialforscher Uwe Schacher im Frühjahr 2010 die Arbeit an unserem Forschungsprojekt zur irregulären Pflegearbeit in deutschen Privathaushalten begonnen hat. Dr. Thomas Wagner jedoch wird zum Jahresbeginn 2011 seine neue Arbeit im Haus am Dom auf, wohin er dann im Frühjahr vollständig wechselt.

Viel Freude beim Lesen im Jahresbericht 2010 wünscht Ihnen

Das Team des Nell-Breunings-Instituts

2 Personalia

Personen am Institut

Leiter des Instituts

Prof. Dr. Bernhard EMUNDS
Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie
E-Mail nbi@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 230

Ehemaliger Leiter des Instituts

Prof. em. Dr. Friedhelm HENGSBACH SJ
E-Mail nbi@sankt-georgen.de
Tel 0621 59 990

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Markus DEMELE
Betriebswirt (BA), Diplom-Theologe
E-Mail demele@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 369

Wolf-Gero REICHERT
Diplom-Theologe, Volkswirt und Philosoph (M.A.)
E-Mail reichert@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 642

Dr. Thomas WAGNER
Diplom-Theologe, Diplompädagoge
E-Mail wagner@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 637

Mitarbeiter

Uwe SCHACHER
Dipl. Päd. (Uni.)/ Dipl. Soz.Päd (FH)

*Wissenschaftliche &
Stud. Hilfskräfte*

Florian BEHRENS
cand. theol.

Prisca PATENGE
cand. theol.

Leslie SEYMOR
cand. theol.

Imogen STÜHLER
cand. theol.

Frank TUMELE
Diplom-Kaufmann

Neue Mitarbeiter

Seit April 2010 ist Uwe Schacher als Mitarbeiter am Institut tätig. Er hat in Nürnberg an der Evangelischen Stiftungsfachhochschule Sozialarbeit und Sozialpädagogik studiert. Danach studierte er in Frankfurt am Main an der Johann Wolfgang Goethe Universität Erziehungswissenschaft, Psychologie und Soziologie. In seiner Dissertation verfolgt er das Ziel, ein universelles Werkzeug zur Entwicklung von pädagogischer Handlungsplanung zu entwerfen. Im Oswald von Nell Breuning Institut ist er verantwortlich für das

empirische Projekt über irreguläre Pflege in Privathaushalten. Der Projektseite im Internet können Sie z.B. entnehmen, welche statistischen Interpretationsverfahren (Sekundäranalytisch-Adaptive Kontextualisierung) er für dieses Projekt eigens entwickelt hat.

Während Herr Felix Polten nach seinem Diplom das Institut verließ und Herr Jens Jörgensmann nach dem Vordiplom nach Würzburg wechselte, haben zwei neue studentische Hilfskräfte angefangen: Frau Imogen Stühler und Frau Leslie Seymor.

3 Themen eines Jahres

3.1 THOMAS WAGNER

Ferment einer parteiischen Kirche. Caritas inmitten sozialstaatlicher und kirchlicher Umbrüche

Im Zuge des aktuellen Ringens der deutschen Bischöfe um die Erneuerung der Kirchengestalt kommen auch die Caritasverbände in den Blick. Dieser Beitrag will Impulse zur caritativen Neuorientierung entwickeln. Die Grundthese lautet: Zielführend ist es weder, der überkommenen und aufgekündigten korporativen „Umarmung“ nachzutruern, noch auf eine kirchliche Kontrastgesellschaft zurückzugreifen, oder gar einer neuen „societa perfecta“ nachzueifern. Nur wenn die Caritas die Vision eines spirituellen und parteilich-engagierten kirchlichen Wohlfahrtsverbandes entfaltet, der zugleich ein Akteur in einer zivilgesellschaftlichen Gerechtigkeitsbewegung ist, kann sie soziale Energie und politische Kraft entwickeln, um der Macht des Sozialmarktes eine befreiend-authentische Praxis entgegen zu setzen.

In Rückgriff auf eine Typologie des evangelischen Sozialtheologen Bedford-Strohm (Jahrbuch Sozialer Protestantismus 2, 2008), die hier modifiziert auf die Caritas angewendet wird, sollen drei unterschiedliche Leitperspektiven in dieser Umbaukrise entfaltet werden.

Caritas als „Kontrastgesellschaft“: Diese Leitidee sieht die praktizierte Nächstenliebe, die helfend-caritativen Dienste, eingebettet in ein missionarisches Kirchenverständnis, das sich deutlich an der Sichtbarkeit der Kirche orientiert: Papsttum, apostolisches Glaubensbekenntnis, Eucharistie und Caritas. Kirche wird nach diesem Modell als Kontrastgesellschaft (Gerhard Lohfink) gegenüber ihrem Außen (der Gesellschaft, der Welt) verstanden, die durch ihre eigene Existenz „Salz der Erde“ und „Licht der Welt“ ist und so die Welt durch ihr Beispiel gestaltet. In Reaktion auf die beschleunigte Tradierungs- und Plausibilitätskrise des Christentums wird heute in der Pastoral der Kirche das missionarische Handeln stärker betont, was auch auf die Caritas ausstrahlt. Gerade mit Blick auf die Verunsicherungen in der aktuellen Umbaukrise scheint dieses Modell der „Kirche als Kontrastgesellschaft“ beliebter zu werden. Mit Blick auf die Finanz-, Priester- und Gläubigenkrise in der katholischen Kirche wird für einen Abschied von der Beteiligung an der allgemeinen öffentlichen Daseinsvorsorge plädiert (in die die Caritas als Wohlfahrtsverband bisher eingebunden ist), hin zu exemplarischen und eindeutigen Projekten christlicher Barmherzigkeit und tätiger Nächstenliebe: Das „Kerngeschäft“ der Kirche in der Welt von heute soll profiliert Gestalt gewinnen!

Die Stärke dieser Leitidee ist, dass es die Radikalität eines aus biblischen Impulsen sich speisenden christlichen Zeugnisses ernst nimmt und vor zu starker Anpassung warnt. Darin steckt aber auch seine Schwäche. Wo die Angst vor der Anpassung in Verkennung der Bedeutung von professionellen und ausdifferenzierten Hilfsangeboten zum leitenden Prinzip wird, wächst leicht die Gefahr, dass nicht mehr die Hilfebedürftigen im Zentrum stehen, sondern eine Orientierung am eigenen Identitätswunsch, das Katholische in unübersichtlichen Zeiten zu retten.

Dies vermeidet die zweite theologische Leitidee: Die Leitidee der „Caritas als Gesellschaftsdienst“ gibt der diakonischen Praxis der Kirche und ihrer Caritas den Vorrang gegenüber den eigenen binnenkirchlichen Interessen und der sichtbaren Kirchlichkeit der Caritas. Christlicher Glaube heißt vor allem Dienst der Nächstenliebe und Engagement für Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Die religiöse Motivation zu diesem Engagement ist für die Stärke und Beharrlichkeit von Bedeutung. Aber diese Herkunft braucht, ja soll eigentlich nicht in einem eindeutigen explizit-christlichen Profil sichtbar zu werden. In einer säkularen und pluralistischen Gesellschaft, wo christlich-religiöse Sprache und Symbole scheinbar immer weniger überzeugen, verkörpert die Caritas nach dieser Leitidee ein „praktisches und solidarisches Christentum“, also gelebten Dienst am Nächsten und Gerechtigkeitsarbeit.

In einer durch Professionalisierung, Ausdifferenzierung und unterschiedener Nähe zum ausgebauten Sozialstaat geprägten Caritas ist dieses Moment einer „Kirche für andere“ (D. Bonhoeffer) stark vertreten. Aufgebaut insbesondere in Zeiten der aktiven Sozialpolitik (siebziger und achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts), als die

sozialstaatlichen Leistungen deutlich expandierten, die Caritas in enger korporativen Einbindung stark mitwuchs und eine sehr intensive Partnerschaft mit staatlichen Trägern praktiziert wurde, wird diese „Umarmung“ seit den neunziger Jahren zunehmend im Zuge des aktivierenden Paradigmas in der Sozialpolitik gelockert bzw. de jure aufgekündigt.

Für Akteure dieses Modells stellt das Gleichnis vom barmherzigen Samariter das Hausgleichnis der Caritas dar: In dem Geschehen zwischen Helfer und Hilfeempfänger steht gerade nicht die Religion oder Konfession im Zentrum, sondern allein die Beseitigung der Not. Der Appell des Apostels Paulus „Gleicht euch nicht dieser Welt an...!“ (Röm 12,2) wird einerseits mit Blick auf die staatlichen Fördermöglichkeiten überhört und andererseits unter dem neuen Druck öffentlicher Vergabeverfahren und drohender Kürzungen im Sozialsektor allzu oft ignoriert.

Diese Leitidee ist bedingt zukunftssträchtig. Zum einen zeigen neuere religionssoziologische Untersuchungen, dass die Annahme, Menschen ließen sich immer weniger auf die religiöse Dimension des Menschseins ansprechen, falsch ist. Wir bewegen uns in postsäkularen Zeiten, in welchen die Volkskirchen vielleicht keinen erhöhten Zulauf haben, gleichwohl für die spirituelle Lebensdimension eine erhöhte Sensibilität zu verspüren ist. Vor allem aber übergeht die einseitige Orientierung am Samaritergleichnis wesentliche biblisch-prophetische Impulse des Glaubens. Gegenüber dem wachsenden Sozialmarkt gewinnt daher die Kategorie des eschatologischen Vorbehaltes (J.B.Metz) eine neue Wirkkraft, denn eine große Sozialstaatsnähe schien in den Zeiten des expandierenden Sozialstaates für die Betroffenen und

für die Caritas sinnvoll, kann aber heute unter den neuen durchökonomisierten Kontexten problematisch sein.

Vor diesem Hintergrund wird eine dritte Leitidee vorgeschlagen, die die Stärken der beiden anderen Perspektiven aufzunehmen sucht, ohne ihre Schwächen zu übernehmen: „Caritas als Akteur in einer zivilgesellschaftlichen Gerechtigkeitsbewegung“. Es gilt die Wünsche der Bischöfe und die „neoliberal freigesetzte Umarmungssituation“ der Caritas im aktivierenden Sozialstaat als Chance zu betrachten, „to think big“. Wenn sich die Caritas in Besinnung auf ihre biblischen Quellen neu aufstellt, könnte es in Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen gelingen, die soziale Arbeit und mittelbar die Sozialpolitik in Richtung Gerechtigkeit zu beeinflussen.

Gesellschaft ist heute pluralistisch. Weder sind religiöse Haltungen selbstverständlich, noch kann das Christentum im Dialog mit anderen religiösen und humanistischen Weltanschauungen eine Vorrangstellung reklamieren. Das christliche Zeugnis darf nicht zugunsten christlicher Nächstenliebe und politischer Gerechtigkeitsarbeit verschwiegen werden. Im Gegenteil: Caritas entfaltet ihre öffentlich-zivilgesellschaftliche und darin auch missionarische Kraft in der Einheit von religiöser Authentizität und praktischer Nächstenliebe. „Spiritualität und Engagement“, „Mystik und Politik“, „Aktion und Kontemplation“ – immer gehören beide Engagementpole der Innen- und Außenarbeit notwendig zusammen. In einer pluralistischen Gesellschaft wird die Ganzheitlichkeit eines in persönlicher Spiritualität gegründeten Dienstes am Nächsten ein umso zentralerer Faktor für die Ausstrahlung und

Außenwirkung von Kirche und ihrer Caritas (vgl. Deutsche Bischofskonferenz, Berufen zur Caritas, Nr.5).

Deswegen braucht die Caritas im öffentlichen Diskurs sowohl eine fachlich-professionelle, sozialetisch-politische Stimme als auch eine theologisch-spirituelle Stimme. Sie muss zum einen auf der Basis biblischer, spiritueller und theologischer Traditionen zeigen, woher sie kommt und zum anderen deutlich machen, warum die sich daraus ergebenden Orientierungen für alle Menschen guten Willens so plausibel sind, dass es sich lohnt, sich in ihren Dienst zu stellen bzw. ihre Dienstangebote zu nutzen. Dies bedeutet, dass eine zivilgesellschaftlich engagierte Caritas keine Angst vor der Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen oder mit zivilgesellschaftlichen Kräften anderer weltanschaulicher Hintergründe haben muss.

Diese Leitidee verknüpft so das klare und eindeutige missionarische Zeugnis auf der Basis der eigenen Tradition mit der Ausrichtung auf die plurale Gesellschaft als ganze und nimmt damit eine Caritas in den Blick, die zum Salz der Erde werden kann, weil sie die primäre Ausrichtung an der eigenen Identitätssuche hinter sich lässt. Caritas wird so zu einem aktiven und erfahrungsstarken Ferment einer parteilichen Kirche und einer öffentlich-praktischen Theologie (Edmund Arens).

Der profilierte theologische Ausdruck dieser Leitidee ist die biblische Option für die Armen (Dtn 10,18-19; Ex 22,20; 23,9; Phil 2,5-8): in diesem Begründungszusammenhang weniger im Sinne eines Handelns für andere, sondern zunächst als Impuls der Stärkung, des „empowerments“, die ganzheitlich Leben und Leiden

wahrnimmt und anerkennt. Sie motiviert, denen, die leiden, mit Empathie und „Compassion“ (J.B.Metz) zu begegnen, sie protestiert gegen Zustände, die ungerecht und leidfördernd sind, sie stärkt den Impuls, diese Zustände politisch aufzuheben. Ein glückendes und gelingendes Leben rückt so in den Mittelpunkt der Achtsamkeit, wie es auch im Wort der Bischöfe „Berufen zur Caritas“ für jeden Christenmenschen theologisch und praktisch-pastoral entwickelt wird.

(Der vollständige Beitrag erschien in der HerderKorrespondenz, Monatshefte für Gesellschaft und Religion, Heft 3/März 2010.)

3.2 MARKUS DEMELE

Normative Leitbilder informeller Erwerbsarbeit

Als Leitbild für Überlegungen zu den normativen Grundlagen, wie die Erwerbsarbeit in der informellen Wirtschaft zu gestalten ist, schlage ich das Streben der Menschen nach Sicherheit vor. Sicherheit ist ein zentrales Grundbedürfnis des Menschen. Der amerikanische Psychologe Abraham Maslow hat eine vereinfachte Hierarchie menschlicher Bedürfnisse erstellt. Darin beschreibt er auf der untersten Ebene einer gedachten Pyramide das Bedürfnis des physischen Überlebens, der körperliche Existenz. Schon auf einer zweiten Stufe kommt dann das Bedürfnis nach *Sicherheit*, d.h. nach Schutz vor Gefahren, sowohl vor der Natur als auch von anderen Menschen, ein festes Einkommen, dass eine Absicherung der fundamentalen Grundbedürfnisse kurz- und mittelfristig garantiert und eine Unterkunft ermöglicht. Ist auch das

gewährleistet, sehnen wir uns nach sozialen Beziehungen wie Partnerschaften oder Freunden. Sind wir erst mal Teil eines sozialen Netzes suchen wir dort nach Anerkennung. Das kann durch bestimmte Statussymbole erzielt werden, wie Geld oder ein hohes Amt, Macht oder großes Wissen. Fühlen wir uns anerkannt, wollen die tiefer sitzenden Sehnsüchte befriedigt werden. Wir wollen die Tage unseres Lebens mit Sinn füllen, unsere Talente entfalten, uns selbstverwirklichen. Erst kurz vor seinem Tod hat Abraham Maslow als höchste Stufe die Transzendenz auf den Kopf seiner Pyramide gestellt.

Der Wunsch nach Sicherheit ist uns Menschen zutiefst zu Eigen. Wenn wir übereinkommen, dass für jeden Menschen das Streben nach Sicherheit ein Gut ist, dass aus guten Gründen angezielt wird, dann sollten wir unser globales Zusammenleben auch so gestalten, dass zumindest diese zweite Stufe der Bedürfnispyramide garantiert wird.

Die Verteilung der Ressourcen dieser Erde ist eine Sache. Der Mechanismus, wie Menschen in einer ausdifferenzierten Wirtschaft an Ressourcen und damit an materielle Sicherheit gelangen, ist etwas anderes: Der Dreh- und Angelpunkt zur Befriedigung des Sicherheitsbedürfnisses ist die menschliche Arbeitskraft. Nur wenige Menschen verfügen über so viel Eigentum, dass sie allein damit ihr Überleben sicher stellen können. Damit ist Arbeit, oder genauer Erwerbsarbeit, der Schlüssel zu den ersten beiden Stufen der Bedürfnispyramide. Sie ist „Ermöglichungsgrund“ für alle weiteren Ziele, die Menschen in ihrem Leben haben.

Global ist es schwierig, gesicherte Aussagen über die Größenordnung der informellen Wirtschaft zu treffen. Die OECD hat zuletzt 2009 versucht, die Daten der letzten Jahre für verschiedene Länder zusammenzutragen. Danach arbeiten von den 3 Mrd. Erwerbstätigen weltweit heute etwa 1,8 Mrd. informell und 1,2 Mrd. formell. Die regionalen Unterschiede sind deutlich. Für die ärmeren Volkswirtschaften muss ein Anteil informell Beschäftigter von 50-90% an der Gesamtbeschäftigung angenommen werden. Auf dem afrikanischen Kontinent südlich der Sahara ist die informelle Wirtschaft am größten und macht knapp 80 Prozent der Beschäftigten aus. Etwas weniger sind es in Süd- und Südostasien, Lateinamerika, den Maghrebstaaten und Westasien, also den arabischen Ländern. In der Gruppe der Länder der Transformation liegt der Anteil bei knapp über 20 Prozent.

Der reine Blick auf die nackten Zahlen vermag noch nicht zu beschreiben, was sich hinter einer Lebenswirklichkeit in der informellen Wirtschaft verbirgt. Bleibt man beim Leitbild der Sicherheit zur Betrachtung der informellen Wirtschaft lässt sich sagen, dass den informell tätigen sieben zentrale Sicherheiten vorenthalten werden (vgl. Internationales Arbeitsamt).

- *Arbeitsmarktsicherheit:* Informell Beschäftigte sind i.d.R. nicht freiwillig informell tätig, sondern nur weil nicht genug formelle Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.
- *Beschäftigungssicherheit:* Während formell Beschäftigte durch das Arbeitsvertragsrecht vor missbräuchlichen Kündigungen geschützt werden, sind informell Beschäftigte der Willkür ihres Arbeitgebers ausgesetzt.

- *Arbeitsplatzsicherheit*: Nur wer eine gewisse Zeit einen bestimmten Arbeitsplatz inne hat, kann sich auch eine „Karriere“ aufbauen und Aufstiegschancen erarbeiten.
- *Arbeitsschutzsicherheit*: Jegliche Form von Krankheiten, die durch die Arbeit hervorgerufen wurden, jeder Unfall, der dazu führt, dass man nicht mehr arbeiten kann, bedeutet für die informell Beschäftigten Verdienstaustausfall und in der Folge Überlebensunsicherheit.
- *Berufliche Aus- und Weiterbildung* ist der nachhaltige Schlüssel für Arbeitsplatzsicherheit. Auf allen Arbeitsmärkten weltweit steigert man mit dem Grad seiner Qualifikation die Wahrscheinlichkeit langfristig eine einträgliche Arbeit zu haben.
- *Einkommenssicherheit*: Für seine Arbeit regelmäßig und in der vereinbarten Höhe entlohnt zu werden ist in der Informalität immer unsicher.
- *das Recht auf kollektive Repräsentation und gewerkschaftliche Interessenvertretung*: Nur durch eine gemeinschaftliche Vertretung kann diese Asymmetrie in der Verhandlungsmacht ausgeglichen werden.

Bei einem sozialetischen Blick auf die informelle Wirtschaft muss man unbedingt auch eine Genderperspektive einnehmen. Der Anteil der Frauen an der informellen Wirtschaft ist extrem hoch und gibt der Informalität ein weibliches Gesicht. Weltweit arbeiten 52% der erwerbstätigen Frauen informell. In den Entwicklungsregionen sind mehr Frauen von unsicherer Beschäftigung betroffen als Männer, obwohl sie nur 40 Prozent der weltweit Erwerbstätigen ausmachen. Diese Ungerechtigkeit wurzelt oft in einer ge-

schlechtshierarchischen Arbeitsteilung, nach der Frauen immer noch in hohem Maße für die Sorgeökonomie, also Familien- und Hausarbeit zuständig sind. Deshalb haben sie auf dem Arbeitsmarkt bzgl. Zugang, Qualifizierung, Aufstieg und Interessenvertretung geringere Chancen. Frauen arbeiten also mehr als Männer und haben daher weniger Möglichkeiten sich auf die Erwerbsarbeit allein zu konzentrieren. Frauen leisten rund doppelt so viel unbezahlte Familien- und Hausarbeit wie Männer. Auch im Gehalt drückt sich diese Ungleichheit aus. Im globalen Durchschnitt verdienen Frauen 17% weniger als Männer.

Diese Kennzeichen von Ungerechtigkeiten werfen die Fragen nach normativen Leitbildern auf. Was sind die Anforderungen, die wir als Christen an menschliche Arbeit stellen? Ein Leitbild menschenwürdiger übernimmt Benedikt XVI. in seiner jüngsten Enzyklika „Caritas in Veritate“ von der ILO. Er fragt „Was bedeutet das Wort „Würde“ auf die Arbeit angewandt?“ und antwortet: „Es bedeutet eine Arbeit, die in jeder Gesellschaft Ausdruck der wesenseigenen Würde jedes Mannes und jeder Frau ist: eine freiwillige Arbeit, die die Arbeitnehmer, Männer und Frauen, wirksam an der Entwicklung ihrer Gemeinschaft teilhaben lässt; eine Arbeit, die auf diese Weise den Arbeitern erlaubt, ohne jede Diskriminierung geachtet zu werden; eine Arbeit, die es gestattet, die Bedürfnisse der Familie zu befriedigen und die Kinder zur Schule zu schicken, ohne dass diese selber gezwungen sind zu arbeiten; eine Arbeit, die den Arbeitnehmern erlaubt, sich frei zu organisieren und ihre Stimme zu Gehör zu bringen; eine Arbeit, die genügend Raum lässt, um die eigenen persönlichen, familiären und spirituellen Wurzeln wiederzufinden; eine Arbeit, die den in die

Rente eingetretenen Arbeitnehmern würdige Verhältnisse sichert.“

Versucht man fundamentale Rechte aller Menschen ohne Rückgriff auf eine Glaubensoffenbarung zu rechtfertigen bieten sich verschiedene Ansätze an. Manch einer mag naturrechtlich argumentieren, manch einer kontraktualistisch. Ich schließe mich Thomas Kesselring an. Er fragt nach wesentlichen menschlichen Tätigkeiten, die allen Menschen gemein sind. Angenommen es stünde einfachhin fest, um welche Tätigkeit es dabei genau geht, so kann man fordern, dass allen Menschen die Möglichkeit zur Ausübung dieser Tätigkeit eingeräumt werden muss. Man kann dann sagen: „Jeder Mensch hat ein natürliches Recht auf die Sicherung der Möglichkeitsbedingungen eben dieser Tätigkeit“ (Kesselring). Als eine wesentliche menschliche Tätigkeit kann etwa die menschliche Kommunikation gelten – der argumentative Austausch zwischen Menschen. Nun lässt sich aber vortrefflich streiten, was alles zu den „wesentlichen Tätigkeiten“ aller Menschen gehört und welche Rechte deshalb weltweit zu garantieren sind. Um zu ermitteln ob ein Recht universalisierbar ist, also für alle Gültigkeit erlangen kann, sind in Anlehnung an die Kantische Ethik vor allem zwei Schritte zu gehen. In einem ersten Schritt muss jeder für sich prüfen, ob er oder sie wollen kann, dass dieses oder jenes Recht von allen Menschen in Anspruch genommen wird. Diese egozentrische Perspektive verlässt der zweite Schritt, in dem die Frage gestellt wird, ob wirklich alle Menschen wollen können, dass alle Menschen dieses Recht in Anspruch nehmen.

Die Suche nach Rechten für alle Menschen wird man allerdings nie abschließen können; sie muss über Zeiten und Kulturen hinweg fortgesetzt werden. Bleibender Orientierungspunkt dabei ist jedoch die – auch christliche – Vorstellung von einer fundamentalen Würde aller Menschen. Sie konkretisiert sich auch in Rechten für die Menschen, die in der informellen Wirtschaft erwerbstätig sind. Diese sind in den entwicklungstheoretischen Diskursen vermehrt zu beachten!

(Der Text enthält Auszüge eines Vortrags beim Generalrat des Internationalen Kolpingwerks in Bukoba, Tansania.)

3.3 WOLF-GERO REICHERT

Wie moralisch ist die Moral der Banker?

Wenn Branchenethik und Regulierung nicht zueinander finden

Mit der Finanzmarktregulierung verhält es sich wie mit einer Stadt, der aufgrund des Durchgangsverkehrs der Kollaps droht und die daraufhin beschließt, die Vorschriften für Airbags zu verschärfen. Das derzeit diskutierte internationale Regelwerk „Basel III“ wird voraussichtlich die bestehenden Eigenkapitalvorschriften von Basel II verschärfen, ohne ein entscheidendes Problem überhaupt anzugehen. Zur Finanzkrise kam es auch, weil die Finanzunternehmen stets Möglichkeiten fanden, die politisch beschlossenen Regeln zu umgehen.

Die Finanzmarktregulierer haben an zwei Fronten zu kämpfen: Zum Einen ist die Stabilität des Finanzsystems ein unersetzliches

öffentliches Gut, weil die Finanzwirtschaft vor allem mit der Geldversorgung der Wirtschaftsakteure und der Abwicklung ihres Zahlungsverkehrs Funktionen erfüllt, auf die eine moderne Wirtschaft nicht einmal kurzzeitig verzichten kann. Deshalb ist ein umfassender Finanzcrash auf jeden Fall zu verhindern und die Finanzwirtschaft lückenlos und streng zu regulieren. Zum Anderen ist jede Regel nur so viel wert wie ihre Durchsetzung. In dieser Hinsicht gibt es ein strukturelles Defizit auf Seiten der Aufsichtsbehörden. Sie verfügen nur selten über das zur Durchsetzung der Regulierung notwendige Know-How: Finanzmärkte gehören aufgrund der Vielzahl von kaum durchschaubaren Finanzgeschäften zu den komplexesten Märkten überhaupt. Das Transaktionsgeflecht, das sich daraus ergibt, verdichtet sich jedoch an einigen Knotenpunkten, beispielsweise bei den großen Banken und Versicherungen. Niemand vermag das ganze Finanzsystem zu überblicken. Aber von jenen Knotenpunkten aus ist es durchsichtiger, denn man hat einen schärferen Blick für die Verflechtungen. Freilich kann das mit diesem Durchblick verbundene Know-How auch dafür genutzt werden, solche Finanzprodukte zu erfinden, die den Regeln zwar dem Wortlaut nach entsprechen, ihren Sinn aber umgehen. Daraus ergibt sich für die Aufsichtsbehörden die missliche Situation, dass sie die Banken in ihrem Geschäftsgebaren beschränken müssen und zugleich auf die Mitwirkung der Banker angewiesen sind. Das klassische Regulierungsmodell, in dem der Staat allgemeine Spielregeln erlässt, an die sich die Marktteilnehmer in ihren Spielzügen zu halten haben, scheint hier nicht zu greifen: Das Finanzsystem kann auf Dauer nicht *gegen* den Willen der Banker reguliert werden.

Traut man den einschlägigen Medienberichten, so handelt es sich bei den Vorständen und Mitarbeitern der Banken um durchweg gierige und unmoralische Akteure. Ist es da nicht naiv, auf deren Mitwirkung zu hoffen? Moralsoziologisch gesehen ist die Annahme zu bezweifeln, dass es moralfreie Bereiche gebe. Selbst eine Räuberbande braucht eine zugegebenermaßen minimale Moral. In der Tat legt eine Reihe von Studien nahe, dass es so schlecht nicht um die Branche bestellt ist: In den Räumen, die die Finanzpraktiker überblicken können, handeln sie nach Vorstellungen von Fairness und Gegenseitigkeit. Wo zu erwarten ist, dass Geschäfte sich wiederholen können, verzichten sie nicht nur darauf, sich gegenseitig über den Tisch zu ziehen. Sie beteiligen sich vielmehr auch daran, die Akzeptanz der gemeinsamen Normen zu sichern und opportunistische Marktteilnehmer zu sanktionieren. Dadurch entstehen auf vielen Märkten sittliche Ordnungen. Die Berufsverbände, die für die Ausbildung der Finanzpraktiker verantwortlich zeichnen, bemühen sich um eine Stützung dieser Ordnungen, indem sie Verhaltenskodizes erlassen. Natürlich sind die Sanktionen dieser Verbände relativ weich. In einzelnen Fällen hat der Ausschluss aus einem Verband allerdings für den Betroffenen durchaus finanzielle Konsequenzen gezeitigt und sogar zum Verlust des Arbeitsplatzes geführt.

Es gibt also eine Art Branchenethik der Finanzpraktiker. Dabei handelt es sich natürlich nicht um eine ausgefeilte Ethik, welche die Interessen aller von den Finanzgeschäften direkt oder indirekt Betroffenen berücksichtigen würde. Es geht vielmehr um ein professionelles Selbstverständnis und eine Kollegialitätsmoral, die auf den reibungslosen Ablauf von Marktprozessen abzielt. Wel-

che Art von Transaktionen mit welchen Zielen und welchen ggf. schwer abschätzbaren Folgen abgewickelt werden, wird kaum reflektiert. Konzepte wie Gerechtigkeit und das Gemeinwohl einer Gesellschaft oder gar der Menschheit bleiben Fremdworte. Ethisch betrachtet ist das sehr bedauerlich – und trotzdem könnte diese für viele Problemlagen so blinde Branchenethik von hohem Nutzen sein, wenn es gelänge, sie für die Stabilität der Finanzmärkte in Dienst zu nehmen.

Eine Gesellschaft, die nicht von einer Finanzkrise zur nächsten taumeln will, steht vor der Frage, ob und wie sie Akteure der Finanzbranche in den Versuch einbezieht, eben diese Branche zu bändigen. Seit Ende der 1990er Jahre sieht das Regulierungskonzept aus Basel vor, dass den Finanzunternehmen die Verantwortung übertragen wird, die durch Eigenkapital abzudeckenden Risiken selbst zu bestimmen. Damit waren die Aufsichtsbehörden im Bereich der Kapitaldeckungsvorschriften völlig auf den guten Willen der Finanzpraktiker angewiesen – und standen am Ende, wie die Finanzkrise gezeigt hat, verlassen da. Der Wettbewerb zwischen den Unternehmen ist so intensiv, dass sich der Konkurrenzdruck immer wieder auch gegen den regulatorischen Rahmen richtet. Auch wenn es in Basel noch nicht erkannt wurde: Im Bereich der Kapitaldeckungsnormen ist die Regulierungsform, bei der auf klar begrenzende Regeln verzichtet wird, eindeutig gescheitert. Den Institutsleitungen müssen eindeutige Vorgaben gemacht werden, die das Geschäftsvolumen effektiv begrenzen.

Statt die gewinnorientierten Finanzinstitute in die Regulierung einzubeziehen, könnten die regulatorischen Beschränkungen vielleicht dadurch effektiver werden, dass man die Berufsverbän-

de der Banker als Wächter einer ordnungsgemäßen Finanzpraxis stärkt. So könnte man in Betracht ziehen, für wichtige Positionen in Finanzinstituten den Fachabschluss eines Berufsverbandes und dessen vertiefende Weiterbildung vorzuschreiben. Die Verbände könnten kritische Reflexionsprozesse über riskante Entwicklungen in der Bankwirtschaft einleiten. Sie könnten denjenigen Bankern, die mehr Risiken sehen, als ihre Vorstände (öffentlich) zugeben, Foren bieten, in denen sie die problematischen Entwicklungen ohne Angst vor betrieblichen Repressalien diskutieren. Als Verbände könnten sie dann die Ergebnisse dieser Foren in die bankinternen Prozesse der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung „einspeisen“. Insgesamt hätte es das Management eines Finanzunternehmens sicherlich schwerer, systematisch Regeln zu umgehen, wenn ihm Angestellte mit Rückgrat gegenüber stehen – Angestellte, die ihr Selbstbewusstsein nicht zuerst aus Bonuszahlungen beziehen, sondern in hohem Maße daraus, dass sie für ein professionelles Selbstverständnis, eine Branchenethik und angesehene Berufsverbände eintreten. Um zum Bild der verkehrsgeplagten Stadt zurückzukommen: Airbags sind nicht falsch, Ampeln aber wichtiger. Dennoch ersetzen auch diese nicht Führerscheine, gute Fahrschulen und verantwortungsbewusste Fahrer!

(Der Beitrag ist am 30.11. in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen.)

3.4 BERNHARD EMUNDS

Der Staat in der Wirtschaft. Eine neue-alte Aufgabenbestimmung angesichts der Finanzkrise

In katholischen sozialemischen Veröffentlichungen gibt es seit einiger Zeit die Tendenz, die Unterschiede zwischen dem Ordoliberalismus und der Katholischen Soziallehre der Nachkriegszeit gering zu veranschlagen. Kaum noch ist im Bewusstsein, dass die neuscholastisch argumentierenden katholischen Sozialethiker in den 1950er und 1960er Jahren wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der Ordoliberalen heftig attackierten.

In Walter Euckens 1952 posthum veröffentlichtem Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“, das für das Fortwirken ordoliberalen Gedankenguts in den Wirtschaftswissenschaften von zentraler Bedeutung ist, wird dem Staat vorrangig und beinahe ausschließlich die Aufgabe zugewiesen, eine Wettbewerbsordnung zu etablieren, die ein System vollkommen flexibler Preise ermöglicht. Dieses spiegele dann alle Knappheiten zuverlässig wider und lenke die Produktion sowie die Investitionen der Unternehmen so, dass den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen auf die Dauer bestmöglich entsprochen wird. Zur Herstellung eines solchen Preissystems habe der Staat zuerst und vor allem dafür zu sorgen, dass auf allen Märkten vollständige Konkurrenz herrscht. Hinzu kommen eine Währungsordnung ohne Inflation, die Garantie eines offenen Zugangs zu den Märkten, des Privateigentums und der Vertragsfreiheit sowie die Durchsetzung einer uneingeschränkten Haftung der Wirtschaftsakteure und damit letztlich die

Abschaffung von Kapitalgesellschaften – alles dies unter Vermeidung abrupter Veränderungen in der Wirtschaftspolitik. Sorgt der Staat mit diesen Mitteln für eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung, dann hat er für Eucken *weithin* seine wirtschaftspolitische Pflicht getan. (...) Sei es ihm erst einmal gelungen, auf allen Märkten und jeweils auf beiden Marktseiten für Wettbewerb zu sorgen, dann entstehe quasi von selbst aus den zahllosen Handlungen der vielen beteiligten Akteure eine „natürliche, gottgewollte Ordnung“ (Eucken zur Laissez Faire-Position). Dieser „Ordo“ garantiere den Individuen Freiheit und eine bestmögliche Erfüllung ihrer Bedürfnisse, so dass jeder weitere staatliche Eingriff Freiheitsräume unnötig einschränke und Wohlstand reduziere.

Die katholischen Sozialethiker kritisierten den Ordoliberalismus in mehreren Punkten. Besonders vehement lehnten sie das ordolibérale Bild der Wirtschaft als eines Marktwettbewerbs zwischen unzähligen Kleinanbietern, die dann jeweils auf anderen Märkten als Nachfrager auftreten, als unrealistisch ab; Nell-Breuning sprach spöttisch von einem „atomistisch-individualistischen Gewühle und Getriebe“. Die Lebensperspektiven von Arbeitern, die sich dem Direktionsrecht der Unternehmer unterstellen müssen, dynamische Oligopol-Kämpfe zwischen Großunternehmen und der für die Bereitstellung einiger Güter unumgängliche öffentliche Sektor kämen in diesem Bild der Wirtschaft nicht vor. Vor allem aber wurde die (weitgehende) Beschränkung der Wirtschaftspolitik auf die Herstellung und Bewahrung des Wettbewerbs kritisiert. Dieser läge die falsche Unterstellung zugrunde, dass – Wettbewerb vorausgesetzt – Unternehmen in jedem Fall dem Gemeinwohl dadurch am besten dienen, dass

sie ihre Einzelinteressen verfolgten. In Wirklichkeit sei es Aufgabe der Wirtschaftspolitik die private Wirtschaft auf das Gemeinwohl hin zu lenken. Dabei wurde der Gemeinwohlbeitrag der Wirtschaft als ein mit der „Natur“ dieses Kultursachbereichs bereits vorgegebener Sachzweck verstanden: die Deckung des Bedarfs *aller* Gesellschaftsglieder.

Bezieht man die damals vertretenen Positionen auf die gegenwärtige, von der Finanzkrise bestimmte Situation, dann wird man zuerst einmal festhalten müssen, dass beide Richtungen, die neuscholastische Katholische Soziallehre und der Ordoliberalismus, die wirtschaftspolitische Aufgabe als besonders dringlich hervorhoben, die Geld schöpfenden Geschäftsbanken im Zaun zu halten. Mit seiner Kritik an den für Kapitalgesellschaften typischen Haftungsbeschränkungen verweist der Ordoliberalismus darüber hinaus auf einen kritischen Punkt, der auch für den Weg der Finanzwirtschaft in die 2007/8 ausgebrochene Krise von erheblicher Bedeutung ist (vgl. etwa die Analysen von Hans-Werner Sinn). Auch bei der Krisen*bewältigung* ist mit der politischen Macht der Großbanken eigentlich ein im Ordoliberalismus zentrales Thema virulent geworden. Offenbar hat der Umstand, dass für eine moderne Wirtschaft die elastische Geldversorgung unverzichtbar ist, zumindest den Großbanken („too big to fail“) zu einer extremen Machtposition gegenüber den nationalstaatlichen Regierungen verholfen. In den Monaten nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers konnte „die Politik“ nicht anders, als – dem Willen der Finanzbranche entsprechend – umfangreiche steuerfinanzierten Hilfspakete zu schnüren, um den Bankensektor zu retten. Auch in der jüngsten Krisenwelle, in der

einige EU-Mitgliedsländer in Zahlungsschwierigkeiten geraten, wagen es die nationalstaatlichen Regierungen nicht, einen partiellen Forderungsverzicht durchzusetzen, bei dem die Finanzinstitute einen Teil ihrer nicht völlig unerwarteten Verluste selber tragen müssten. (...)

Obwohl es also noch ordoliberalen Einsichten gibt, die in die intellektuelle Bearbeitung der Krise und ihres Managements einzubringen sind (vgl. die Analysen und Vorschläge von Helge Peukert), wird hier das Desaster der Finanzkrise vor allem als ein Argument zugunsten der – natürlich zu modernisierenden – katholisch-sozialen Position begriffen: Um dafür zu sorgen, dass die Privatwirtschaft dem Gemeinwohl dient, reicht es nicht aus, für Wettbewerb zu sorgen. Vielmehr bedarf es eines gehörigen Maßes politischer Steuerung, damit sich das Wirtschaften vieler gewinnorientierter einzelwirtschaftlicher Akteure nicht allzu weit von den Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger von einer guten Wirtschaftsordnung entfernt. Konkret geht es im Bereich der Finanzwirtschaft um eine konsequente, die Finanzinstitute wirksam einschränkende Regulierung und um effektive Möglichkeiten der Zentralbanken (und ggf. anderer staatlichen Stellen), den zuletzt sehr großen Zyklen bei den monetären Größen und bei den Vermögenspreisen entgegenzuwirken.

Bei der politischen Antwort auf die Finanzkrise stehen die Bürgerinnen und Bürger der Industrieländer sowie einiger Schwellen- und Transformationsländer letztlich an einer Wegscheide: Tolerieren sie es, dass ihre Regierungen – abgesehen von ein paar kosmetischen Korrekturen – der privaten Finanzwirtschaft weiterhin freien Lauf lassen? Dann würden sich Teilbereiche der Fi-

finanzwirtschaft immer mehr zu einer Sonderwelt entwickeln, die von der Realwirtschaft und erst recht von den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen entkoppelt ist. Einige wenige Akteure könnten darin hohe Einkommen kassieren. Alle anderen aber hätten von solchen – sich immer weiter aufblähenden – Bereichen der Finanzwirtschaft keine nennenswerten Vorteile. Im Gegenteil, vermittelt über staatliche Rettungspakete würden sie sogar für einen Teil dieser Spitzeneinkommen durch höhere Steuern oder schlechtere staatliche Leistungen zur Kasse gebeten. Oder werden die Bürgerinnen und Bürger der betreffenden Länder ihre politischen Vertreter erfolgreich dazu drängen, Geschäftsbereiche ohne nennenswerten Wohlstandsbeitrag konsequent „auszutrocknen“ und die private Finanzwirtschaft insgesamt auf die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger – oder zumindest doch der weit überwiegenden Mehrheit von ihnen – auszurichten? Die Regulierung der Finanzwirtschaft – einer wirtschaftlichen Branche, die in den letzten beiden Jahrzehnten völlig „aus dem Ruder gelaufen“ ist – erweist sich damit als Nagelprobe für die Demokratie. An ihr wird sich zeigen, ob sich die Wirtschaft soweit verselbständigt hat und so dominant geworden ist, dass die Bürgerinnen und Bürgern in Fragen der Wirtschaftsordnung faktisch nicht mehr in der Lage sind, mit Hilfe politischer Institutionen demokratisch über sich selbst zu bestimmen. Können Sie – bei allen Schwierigkeiten und Grenzen, die Entwicklung eines funktional differenzierten gesellschaftlichen Handlungsbereichs zu lenken – die Wirtschaft noch auf das Ziel ausrichten, zur Verbesserung ihrer Lebens- und Entfaltungsbedingungen beizutragen?

Vor dem Hintergrund dieser Fragen wird deutlich, warum es gerade in der aktuellen Krise sinnvoll ist, die zentrale wirtschaftsethische Perspektive der traditionellen Katholischen Soziallehre weiterzuführen und die politische Akteure aufzufordern, wieder konsequent zu versuchen, die Wirtschaft durch sinnvolle und konsequente Regelsetzung sowie durch – vor allem geld- und fiskalpolitische – Interventionen auf das Gemeinwohl auszurichten. Nach dem Ende des neuscholastischen Naturrechts wird man dabei das Gemeinwohl, auf das hin die Wirtschaft auszurichten ist, freilich nicht mehr als einen in der Schöpfungsordnung vorgegebenen Sachzweck dieses Institutionengeflechts begreifen können. „Gemeinwohl“ wird vielmehr zum Sammelbegriff für die im demokratischen Prozess zu konkretisierenden Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger (oder zumindest ihrer weit überwiegenen Mehrheit) von einer guten Gesellschaftsordnung, in Bezug auf die Wirtschaft also zum Sammelbegriff für ihre funktionalen Erwartungen und ihre weitergehenden normativen Ansprüche an wirtschaftliche Institutionen. Insofern wird man die ontologische Wirtschaftsethik der Katholischen Soziallehre in eine Politische Wirtschaftsethik transformieren müssen.

(Der Text enthält Auszüge aus einem Beitrag für das Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 51/2010.)

3.5 FRIEDHELM HENGSBACH SJ

Was 2011 auf dem Spiel steht: Die Rekonstruktion Europas, nicht bloße Finanztechniken

„Wir sind nochmal davongekommen!“ So klingt die Stimmungslage der Deutschen zum Jahreswechsel: Die Börse im Aufwind, die Banken weithin stabilisiert, die deutsche Exportwirtschaft boomt, die Arbeitslosenzahlen sinken.

Aber der „Tsunami“ der Finanzkrise ist noch nicht überstanden. Diese ist auch kein Tsunami, sondern Folge von Fehlverhalten und Systemfehlern in der monetären, ökologischen und sozialen Dimension. Und sie ist 2010 zu einer Verschuldungskrise im Euro-Währungsraum metastasiert.

Was bringt das Neue Jahr für den Euro und die Währungsunion? Es ist anzunehmen, dass sich die irrationalen Kettenreaktionen der Finanzmärkte gegen einzelne Euro-Länder, nämlich jener Investoren, die sich von privaten Rating Agenturen infizieren ließen, ebenso wenig wiederholen wie die irritierenden Reaktionen der politisch Verantwortlichen. 2010 fanden vier Gipfelkonferenzen der Euroländer statt. Im März wurde ein Kreditpaket für Griechenland geschnürt, im Mai ein Rettungsschirm für notleidende Staaten aufgespannt, im Oktober ein ständiger Krisenmechanismus beschlossen, im Dezember ein Bekenntnis zu dauerhafter Solidarität abgelegt, indem die Stabilität des Euro gesichert, Ländern, die in Not geraten sind, unter strikten Auflagen geholfen und fallweise die Beteiligung privater Gläubiger an der Krisenbewältigung angestrebt wird.

Im Vorfeld dieser Konferenzen machte die deutsche Regierung eine Figur, die von den meisten Euro-Ländern übel aufgenommen wurde. Sie ließ sich jeweils von der „deutschen Debattenlage“, von der Boulevardpresse und deren Stammtischparolen anstecken. „Die andern tanzen auf den Tischen, während wir an der Theke stehen und die Zeche bezahlen“, so übernahm ein Parlamentarier die angebliche Stimme des Volkes. Nicht wenige wollten die alte D-Mark zurück haben. Die Kanzlerin spielte eine Doppelrolle: Im Inland faselte sie davon, dass die Defizitsünder kein deutsches Geld bekämen, sondern die Eurozone verlassen könnten, dass die Währungsunion keine Transferunion sei, der deutsche Steuerzahler für die Schulden der anderen nicht aufkomme und der Stabilitätspakt gehärtet werden sollte. Dagegen stimmte sie im Kreis ihrer Kollegen hinter verschlossenen Türen der Griechenlandhilfe zu, verteidigte den Rettungsschirm als unabdingbar, hielt automatische Sanktionen für nachrangig, warb für mehr Kohäsion der europäischen Wirtschaftspolitik und erklärte: „Der Euro ist Europa, Teil unserer Zukunft“.

Was im vergangenen Jahr schief gelaufen ist, lässt sich 2011 vermeiden. Dazu gehört, dass die zwei Konstruktionsfehler der Währungsunion behoben werden. Der eine besteht darin, dass die Europäische Zentralbank ausschließlich auf die Stabilität des Geldwerts verpflichtet ist und nicht auch auf einen hohen Beschäftigungsgrad. Und dass sie im Kampf gegen einen inflationären Anstieg der Güterpreise die Explosion der Vermögenspreise aus dem Blick verliert. Der andere besteht darin, dass die einzige wirtschaftspolitische Stellgröße im Stabilitätspakt der Ausgleich der öffentlichen Haushalte ist. Alles andere würden der Markt und

die Privatwirtschaft schon regeln, wähten die Experten des Vertrags von Maastricht. Aber wenn die Zentralbank für den Währungsraum einen einheitlichen Nominalzinssatz festsetzt, die Länder jedoch in ihrer Beschäftigungs- Finanz- und Sozialpolitik sowie in ihren Wachstums- Lohn-, und Inflationsraten voneinander abweichen, sind regionale Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen und Gläubiger-/Schuldnerpositionen vorprogrammiert. Der einheitliche Währungsraum wird so zur Fiktion.

Um den Jahreswechsel herum sind Ansätze erkennbar, dass die politische Klasse lernfähig und lernbereit ist. Was sollte sie 2011 in die Wege leiten? Solidarität erhält Vorrang vor nationaler Selbstbehauptung. Die monetäre Säule der Europäischen Union wird durch eine realwirtschaftliche Säule ergänzt, nämlich die Kohärenz der Beschäftigungs-, Finanz- und Einkommenspolitik in den Ländern. Ein Europäischer Stabilitäts- und Wachstumsfonds entsteht als Kreditgeber der letzten Instanz im Euro-Raum. Die Ausgabe von Euro-Anleihen ist dann eine denkbare Konsequenz. Sowohl strukturelle Defizitländer als auch strukturelle Überschussländer wie Deutschland werden sanktioniert. Die Folgekosten der Krise werden nicht über Leistungskürzungen dem einfachen Volk, sondern auch den privaten Gläubigern aufgeladen. Zu große und zu sehr vernetzte Banken werden zerschlagen, bevor sie die Union wiederholt erpressen. Alternativ zur Verschuldung des Staates gegenüber Privaten könnten notwendige staatliche Ausgaben durch zinslose Notenbankkredite finanziert werden. Die Währungsunion wird zur Wirtschafts- und Sozialunion und damit zu einer Transferunion erweitert. „Der Euro ist Europa“, hat Frau Merkel behauptet. Aber Europa ist mehr als der Euro. Europas

Wurzeln liegen in den politischen Optionen, nicht in den monetären. Sie liegen im entschlossenen Willen der USA, dem zerstörten Kontinent 1948 den Marshall-Plan anzubieten, damit sich der Fehler von Versailles nicht wiederholte. Sie liegen im Bekenntnis der Römischen Verträge 1952: „Nie wieder Diktatur“, „Nie wieder Krieg“, „Nie wieder Soldatengräber in Europa“. Sie liegen in der friedlichen Revolution von 1989, dem Ende der militärischen Blöcke, die Europa zerteilt haben. Und sie liegen im Abschied von einer „Neuen Weltfriedensordnung“, die politisch, militärisch und monetär mit der Hegemonie des US-Dollars den Völkern auferlegt wurde und tendenziell von einem multipolaren Währungsregime abgelöst wird. Der Wert eines politischen Europa übersteigt um ein Vielfaches den Preis, der sich für Deutschland aus dem positiven Nutzen/Kosten-Saldo der Währungsunion errechnet.

(Der Text ist ein Kommentar, der am 31.12.2010 in den Aachener Nachrichten erschienen ist.)

4 Kooperationen

4.1 Tagung der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“

Die Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik" der Deutschen Bischofskonferenz hat am Morgen des 17. Februars 2010 die Studie "Mit Geldanlagen die Welt verändern? Eine Orientierungshilfe zum ethikbezogenen Investment" im Haus am

Dom/Frankfurt der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Studie wurde unter Mitarbeit von Wolf-Gero Reichert und unter der Projektleitung von Bernhard Emunds erstellt.

Am Nachmittag desselben Tages veranstaltete die Sachverständigengruppe in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Investment und Asset Management und dem Frankfurter Forum für Ethik der Finanzpraxis eine Fachtagung in der *Frankfurt School of Finance and Management*. Ziel war es einerseits, die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, andererseits mit Vertreterinnen und Vertretern der kirchlichen Vermögensverwalter und jener Finanzinstitute, die Produkte ethikbezogenen Investments anbieten, wirtschaftsethisch zu diskutieren.

Über 120 Teilnehmer diskutierten in acht verschiedenen Workshops das Thema ethikbezogener Geldanlage aus verschiedenen Perspektiven: Aus theoretischer Perspektive machte Prof. Dr. Henry Schäfer die Teilnehmer mit Prozessen und Wirkungen ethikbezogener Geldanlage vertraut; Prof. Dr. Eva Terberger diskutierte das Thema "Konkurrenz oder Synergie von Ethik und Finance". PD Dr. Torsten Strulik lotete die Grenzen der Steuerung auf den Finanzmärkten aus. Mit deutlichem Praxisbezug stellten Dr. Klaus Gabriel und Jean Laville Möglichkeiten des Engagements und des „*shareholder activism*“ vor. Dr. Georg Stoll problematisierte aus der Sicht von Misereor die Rolle der Finanzmärkte im Hinblick auf Entwicklungsanstrengungen der Länder des Südens und Ostens. Anhand konkreter Herausforderungen in Finanzinstituten näherten sich Dr. Helge Wulsdorf und Ingo Speich dem Thema in ihren Workshops.

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurden abschließend die Chancen und Grenzen ethikbezogenen Investments diskutiert. Ein Fazit war: Auch wenn sich die konkreten Folgen ethikbezogener Geldanlage kaum empirisch fassen lassen, trägt sie doch zum Bewusstseinswandel bei, dass soziale und ökologische Fragen für Investmententscheidungen relevant sind. Insofern stellen sie eine Herausforderung bzw. gar einen "schwierigen Markt" dar für diejenigen Finanzinstitute, die primär konventionelle Finanzprodukte anbieten.

4.2 Jahrbuch Gerechtigkeit

Die Erarbeitung der Jahrbücher Gerechtigkeit stellt ein ökumenisches Projekt von rund 30 kirchlichen Organisationen und Werken dar. Das NBI arbeitet seit dem Start 2004 im Herausgeberkreis mit und ist durch Herrn Dr. Thomas Wagner im Lenkungsausschuss vertreten. Thematische Zielsetzung dieses Projektes ist es, die Reichtums-Armutproblematik und die daran geknüpften sozialetischen und sozialpolitischen Fragen in nationalen, europäischen und globalen Zusammenhängen durchzubuchstabieren.

Anfang 2010 erschien das vierte Jahrbuch Gerechtigkeit zum Thema: Arme, reiche EU. Die neue Spaltung zwischen Ost und West. Ein kirchlicher Diskussionsbeitrag zum Europäischen Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung“.

Anschließend startete die Erarbeitung des fünften Jahrbuches Gerechtigkeit im Themenfeld Klimagerechtigkeit: Wie wollen wir leben angesichts von Armut, Reichtum und (ökologischen) Gren-

zen des Wachstums?“. Voraussichtlich wird dieses Jahrbuch im Herbst 2011 erscheinen.

4.3 Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen

Seit Anfang 2007 arbeitet das NBI, vertreten durch Dr. Thomas Wagner, im „Bündnis für soziale Gerechtigkeit in Hessen“ mit. Dieses Bündnis besteht aus dreißig hessischen Initiativen und sozialen Organisationen mit kirchlichem, gewerkschaftlichem oder wohlfahrtsverbandlichem Hintergrund. Ziel ist es, sich gemeinsam in die landespolitischen Debatten zur Sozialpolitik einzumischen. Höhepunkte der Bündnisaktivitäten waren die Vorbereitung und Durchführung des 5. und 6. Hessischen Sozialforums am 6.2.2010 und 12.2.2011 im „Haus am Dom“ in Frankfurt. Vorrangig wurden hier die Themen Armut, Arbeitslosigkeit, Schuldenbremse und Bildungsnotstand thematisiert.

4.4 Netzwerk Ökumenischer Kirchentag 2010

Im Zuge der globalen Wirtschaftskrise verschärfen sich trotz des wirtschaftlichen Erholungsprozesses die soziale Spaltungen – weltweit und auch in der deutschen Gesellschaft. Diese Herausforderung für die Christen in aller Welt sollte das zentrale Thema des Ökumenischen Kirchentages im Mai 2010 sein. Dies ist die zentrale Botschaft des Netzwerkes zum Ökumenischen Kirchentages (siehe www.oekt-netz.de). Der Aufruf „Fair Teilen statt sozial spalten“ wurde 2008 unter großem Anklang veröffentlicht und war von mehr als 500 Einzelpersonen und 80 Organisationen unterzeichnet worden. Auf dem Kirchentag in München gab es

vielfältige Veranstaltungen des Netzwerkes, Einmischaktionen (z.B. einen „flash mob“) und es wurden Unterschriften für die Forderung nach einem neuen Sozialwortprozess gesammelt. Anfang Dezember 2010 wurde zum Abschluss der Unterschriftenaktion 10 000 Unterschriften an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, und den Ratsvorsitzenden der EKD, Präses Nikolaus Schneider, übersandt. Das Netzwerk Ökumenischer Kirchentag 2010 fordert: „Die Kirchen müssen endlich ihrem prophetischen Auftrag gerecht werden und ihre Stimmen erheben für `Fair teilen statt sozial spalten`. Die Kirchen sollen eine radikale gesellschaftliche Umkehr einfordern und ein neues Sozialwort erstellen.“

4.5 Ökumenische Arbeitsgemeinschaft sozialethischer Institute

Am 15.-16.1.2010 traf sich die Ökumenische Arbeitsgemeinschaft sozialethischer Institute (ÖAsI) in Münster zu ihrer Jahrestagung. Thema war dieses Mal: „Wem gehört die Soziale Marktwirtschaft? Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel“.

Prof. Dr. Emunds beleuchtete die „ungewollte Vaterschaft“ der katholischen Soziallehre für die Erfolgsgeschichte des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“. Dr. Thomas Wagner schlug in seinem Koreferat zu Hermann-Josef Große-Kracht vor, den Solidarismusansatz der Jesuiten Pesch und Nell-Breuning in demokratisch-emanzipatorischer Hinsicht fortzuentwickeln.

Zur Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft gehören neben dem NBI das Institut für Christliche Sozialwissenschaften und das Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften (beide Münster), das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD (Hannover), das Forschungsinstitut für Philosophie Hannover (FIPH), das Institut für Wirtschafts- und Sozialethik (Marburg), das Institut für Theologie und Sozialethik (Darmstadt) und das Berliner Institut für christliche Ethik und Politikberatung.

4.6 Workshop Ethik

In der Tagungsreihe „Workshop Ethik“, die Grundlagenfragen der ethischen Reflexion gewidmet ist (vgl. www.workshoepethik.de), fand der neunte Workshop vom 1. bis 3. März 2010 in der Evangelischen Akademie in Schmitten-Arnoldshain (Taunus) statt. Etwa 30 junge Vertreterinnen und Vertreter der philosophischen und der theologischen Ethik nahmen Möglichkeiten und Probleme der Angewandten Ethik „zwischen Prinzipien, Intuition und spezifischer Expertise“ unter die Lupe. Mit den Nachwuchswissenschaftler/-innen und den Workshop-Veranstaltern diskutierten u.a. die Professoren Dr. Armin Grunwald, Dr. Detlef Horster, Dr. Albert W. Musschenga und Dr. Konrad Ott. Vom Nell-Breuning-Institut nahmen Bernhard Emunds und Wolf-Gero Reichert teil. Die Tagungsreihe ist ein Kooperationsprojekt der Evangelischen Akademie Arnoldshain, der Katholischen Akademie Rabanus Maurus, des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover, der Abteilung Sozialethik der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz und des NBI.

4.7 Europäische Akademie der Arbeit

Die Europäische Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt ist eine vom DGB und vom Land Hessen getragene Einrichtung, die jungen Funktionsträgern im Betrieb (Personal- und Betriebsräte) die Möglichkeit bietet, in einem Zeitraum von knapp einem Jahr ein transdisziplinäres Vollzeitstudium zu absolvieren. Die Sankt Georgener Tradition, in diesem arbeitsweltorientierten Studium Sozial- und Wirtschaftsethik zu dozieren, geht auf das Jahr 1948 zurück, als Pater von Nell-Breuning an der Akademie der Arbeit seinen ersten Kurs gab. Beim 75. Jahrgang (2010/2011) haben Wolf-Gero Reichert, Markus Demele und Dr. Thomas Wagner den Kurs „Normative Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ durchgeführt.

4.8 Frankfurter Forum für Ethik der Finanzpraxis

Neben der Fachtagung zum Ethikbezogenen Investment (vgl. 4.1) organisierte das Forum 2010 drei weitere öffentliche Veranstaltungen. Am 18. Mai diskutierten die Professoren Dr. Dres. h.c. Bertram Schefold und Dr. Hans-Helmut Kotz über die durch die globale Finanzkrise verunsicherte ökonomische Theoriebildung „zwischen Modellwelten und wirtschaftspolitischen Herausforderungen“. Angesichts der Griechenland-Krise kamen am 22. Juni Dr. Dagmar Linder von der Deutschen Bank, Paul Garaycochea vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Kaiser von Erlassjahr und der Friedrichshafener Ökonom Prof. Dr. Marcel Tyrell über ein notwendiges Insolvenzrecht für Staaten ins Gespräch. Und am 18. November zogen Prof. Dr. Jan

Pieter Krahen, Mitglied in der Expertengruppe "Neue Finanzarchitektur", und Dr. Gerhard Schick, Finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine „Zwischenbilanz der Bemühungen um eine Neuordnung der Finanzwirtschaft“.

Herzstück des Forums ist der interne Gesprächskreis, der im Jahr 2010 u.a. über Finanzmarktstabilität und Ethik (Impuls: Johannes Zöphel), über das Manifest des „Observatoire de la Finance“ (Impuls: Dr. Georg Horntrich) und über das Verhältnis von Risiko und Unsicherheit auf den Finanzmärkten (Impulse Birgit Galemann, Prof. Dr. Erich Barthel und Prof. Dr. Bernhard Emunds) diskutierte. Das Forum wird von der Frankfurt School of Finance & Management, der Katholischen Akademie Rabanus Maurus und dem NBI getragen.

5 Veröffentlichungen

Markus Demele

- Rezension zu: Thomas L. Friedmann, *Was zu tun ist. Eine Agenda für das 21. Jahrhundert*, Frankfurt: Suhrkamp 2009, in: Stimmen der Zeit (228.Band/ Heft 2/ 2010), S.137-139.
- *Arbeitsplatzverlagerungen nach Osteuropa - Aufbau Ost oder Abbau West?*, in: Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit (Hrsg.), Armes Reiches Europa. Jahr-

buch Gerechtigkeit IV, Publik Forum Oberursel, S. 79-88 (2010)

- *Corporate Social Responsibility and Labour Standards in Africa. An empirical and normative approach towards German Direct Investments and the ILO's Decent Work Agenda*, in: Digital Development Debates, (Issue 2, 2010).
- Rezension zu: Guido Becke, Peter Bleses, Wolfgang Ritter und Sandra Schmidt (Hg.): »Decent work«. Arbeitspolitische Gestaltungsperspektiven für eine globalisierte und flexibilisierte Arbeitswelt. Festschrift zur Emeritierung von Eva Senghaas-Knobloch in: Ethik und Gesellschaft 2/2010.
- *Die Integrität einzelner Banker reicht nicht aus*. Gastbeitrag mit Wolf-Gero Reichert im Handelsblatt, Nr. 218 am 10. November 2010.

Bernhard Emunds

- *Art. Ökonomie/Wirtschaft*, in: Enzyklopädie Philosophie, Bd.2, 2. Aufl., Hamburg: Felix Meiner 2010, 1846-1856.
- *Ungewollte Vaterschaft. Katholische Soziallehre und soziale Marktwirtschaft*, in: Wolfgang Kersting (Hg.): Freiheit und Gerechtigkeit. Die moralischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, Frankfurt am Main u.a.: Lang 2010, 183-204 (zugleich in: Ethik und Gesellschaft. Ökumenische Zeitschrift für Sozialethik 2010/1).
- *Renditedruck der Finanzmärkte – schwere Zeiten für die Unternehmensethik*, in : Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (2010)11, 97-121.

- *Das Ende der aufgeblähten Finanzwirtschaft. Sozialethische Überlegungen zur politischen Neuordnung der Finanzmärkte*, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 51 (2010), 189-223.
- *Die Krise der globalen Finanzwirtschaft – eine Analyse und sozialethische Einschätzung*, in: Theologie und Glaube 100 (2010), 44-61.
- *Auf tönernen Füßen. Schlechte Nachrichten aus Griechenland provozieren Zweifel an Europas Geldpolitik*, in: Frankfurter Rundschau vom 27.12.2010, 18f.
- *Wachsende Ohnmacht der Arbeitnehmer. Das Nell-Breuning-Institut zur Enquete „Soziale Marktwirtschaft“*, Gastbeitrag in: KNA vom 2. Dezember 2010.
- *Unsere Zukunft entscheidet sich auch an der Zukunft der Kommunen*, in: ver.di Bundesverwaltung: Städte und Gemeinden in Not. Eine neue Politik für Städte und Gemeinden starten! Dokumentation einer Ver.di-Tagung, Berlin 2010, 20f.
- *Neue Form der Ausgrenzung. Bürgerarbeit*, in: Rheinischer Merkur vom 15.7.2010, 11.
- *Eine faire Lastenteilung ist überfällig. Wo bleibt die Insolvenzordnung für überschuldete Euroländer?*, in: Rheinischer Merkur vom 3.6.2010, 11.
- *Deutschland soll Solidarität zeigen. Eurozone: Reiche Länder müssen den ärmeren beim Aufbau neuer Strukturen helfen*, in: Rheinischer Merkur vom 25.3.2010, 12.
- *Finance ist kein Selbstzweck! Acht Thesen zum Neustart nach der Krise*, in: Heide Simonis: Verzockt! Warum die

Karten von Markt und Staat neu gemischt werden müssen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010, 153f. (Wiederabdruck der Thesen eines Beitrags in der Frankfurter Rundschau am 2.4.2009).

- *Mit Geldanlagen die Welt verändern? Eine Orientierungshilfe zum ethikbezogenen Investment.* Herausgegeben von der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der deutschen Bischofskonferenz (Projektleitung), Bonn 2010.

Friedhelm Hengsbach SJ (Auswahl)

- „*I'm sick to the word greed*“, in: Europäische Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen, Newsletter 97, April 2010, 1f.
- *Papstkirche am Abgrund*, in: Publik Forum 8/2010, 30-33.
- *Aus der Krise lernen – ein Finanzregime unter moralischem Anspruch*, in: Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit: Verlorene Maßstäbe – Themenheft 2010, 20-23.
- *Mit den Waffen von Westerwelle*, in: Süddeutsche Zeitung vom 8.7.10, 2.
- *Ein wirtschaftspolitischer Aufbruch – Jenseits des Finanzkapitalismus*, in: Geißler, Heiner / Engler Wolfgang / Ziegler Jean / Hengsbach, Friedhelm: Frisst der Kapitalismus seine Kinder? Weimarer Reden 2010, Weimar: Weimarer Taschenbuchverlag 2010, 77-107.
- „*Liebe in der Wahrheit*“ – *Papst Benedikts Sozialrundschreiben fremdelt gegenüber dem Finanzkapitalismus*, in: Neuhäuser, Martin (Hg.): Gott und Geld. Wirtschaftsethi-

- sche Herausforderungen angesichts der globalen Finanzkrise, LIT Verlag: Berlin 2010, 53-71.
- *Kapitalismuskritik bei Joseph Höffner und Oswald von Nell-Breuning*, in: Goldschmidt, Nils und Nothelle-Wildfeuer (Hg): Freiburger Schule und Christliche Gesellschaftslehre, Tübingen: Mohr Siebeck 20010, 281-309.
 - *Zocken? Schaffen? Heilen? Die Zukunft der Arbeit ist die Arbeit an den Menschen*, in: Jansen, Mechthild M. / Schäfer, Kornelia / Batke, Doris / Dörr, Karin (Hg.): Hätten die Lehmann-Sisters etwas anderes gemacht? Genderspezifische Aspekte der Finanz- und Wirtschaftskrise, Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung 2010, 43-59.
 - *„Liebe in der Wahrheit“ – für den Finanzkapitalismus ein unverständliches Rauschen? Vorbehalte gegen eine unzeitgemäße Methodik*, in Chittilappilly, Paul Chummar (Hg.): Ethik der Lebensfelder, Freiburg: Herder 2010, 223-250.
 - *Was bringen die nächsten Krisenwellen für den sozialen Zusammenhalt?* Der Wirtschaftsethiker Friedhelm Hengsbach im Interview mit Gunter Hofmann (*Die Zeit*) und Wilhelm Heitmeyer, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 9, Berlin: suhrkamp 2010, 319-341.
 - *„Der Staat und seine Experten. Auf welches Wissen stützt sich der Staat?“*, Podiumsdiskussion zwischen Bert Rürup, Friedhelm Hengsbach, Peter Weingart, Thomas Leif, Andreas Voßkuhle, in: Adolf-Arndt-Kreis (Hg.): Staat in der

Krise – Krise des Staates? Die Wiederentdeckung des Staates, Berliner Wissenschaftsverlag: Berlin 2010, 49-76.

- „*Leistungslegenden im Spiegel gleicher Gerechtigkeit*“, in: Benz, Benjamin / Boeckh, Jürgen / Mogge-Grotjahn (Hg.): Soziale Politik – Soziale Lage – Soziale Arbeit, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2010, 52-71.
- „*Vertrauen in der Beziehung, Konkurrenz am Markt – wer kann, wer will aus der Krise lernen?*“, in: Deutscher Sparkassen- und Giroverband (Hg.): Vertrauen gewinnt. 23. Deutscher Sparkassentag 2010, Berlin 2010, 172-195.

Wolf-Gero Reichert

- *Mit Geldanlagen die Welt verändern? Eine Orientierungshilfe zum ethikbezogenen Investment.* Herausgegeben von der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der deutschen Bischofskonferenz (wissenschaftlicher Mitarbeiter der Sachverständigengruppe), Bonn 2010.
- *Ethische Rationalität und Ökonomik: F.A. Hayeks methodologischer Individualismus und A. Gewirths "Community of Rights".* In: Veith, Werner u.a. (Hg.): Anthropologie und christliche Sozialethik. Forum Sozialethik 8. Münster: Aschendorff (2010), S.132-147.
- *Das Berufsethos des Investmentbanking und seine Bedeutung für die Finanzmarktregulierung.* Frankfurter Arbeitspapiere zur sozialwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Forschung (Nr. 58), Oswald von Nell-Breuning-Institut, Frankfurt am Main, 2010.

- *Ethikbezogenes Investment.* In: ksi-inform. Ausgabe 2/2010, S.3.
- *Welche Wirtschaftsordnung dient dem Gemeinwohl? Oswald von Nell-Breunings "Grundzüge der Börsenmoral"* (17.10.2010). In: Katholisches Sonntagsblatt, Ausgabe 42/2010, S.38-39.
- *Die Integrität einzelner Banker reicht nicht aus* (10.11.2010). Gemeinsamer Gastbeitrag mit Markus Demele, in: Handelsblatt, Nr. 218, S.10.
- *Moral hilft bei der Regulierung der Banken* (30.11.2010). Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Nr. 279, S.20.

Uwe Schacher

- *Die moralische Urteilsfähigkeit von Mitarbeitern entwickeln.* In: Symposion Publishing, 2011.

Thomas Wagner

- *Ferment einer parteiischen Kirche. Caritas inmitten sozialstaatlicher und kirchlicher Umbrüche,* in: Herder Korrespondenz. Monatshefte für Gesellschaft und Religion, Herder-Verlag, Heft 3/März 2010.
- *Exemplarische Bestandsaufnahme diakonalen Handelns im Dekanat Rüsselsheim. Untersuchungen im Rahmen des Bistumsziel „Diakonische Pastoral in den neuen pastoralen Einheiten/Sozialpastoral“,* gem. herausgegeben mit Hans-Jürgen Dörr (Bistum Mainz) und Winfried Reiningner (Caritasverband für die Diözese Mainz), Juni 2010.

- *Heil und Heilung in Begegnung. Kommentar zu Ingo Proft's Ansatz Praktischer Theologie*, in: Theologische Revue, Nr. 5, Aschendorff-Verlag, September 2010.
- *Niemand darf zu Pflichtdiensten gezwungen werden*, in: Kirchenzeitung „Der Sonntag“, Ausgabe 38 vom 19.9.2010
- *Ora et Labora. Kommentar zur Theologie der Arbeit* von Albert Biesinger, erschienen in der Internetplattform www.rpp-katholisch.de, Dezember 2010.
- *Es darf keine Armut unter Euch geben. Lösungsstrategien zur Überwindung gesellschaftlicher Exklusion*, in: Gleichheit-Ungleichheit-Gerechtigkeit, herausgegeben von Martin Dabrowski, Reihe Sozialethik konkret, Ferdinand Schöningh-Verlag, Paderborn, 2011 (im Erscheinen).

6 Rechenschaftsbericht 2010

Gleichzeitig mit dem vorliegenden Jahresbericht veröffentlicht das Institut auch einen Rechenschaftsbericht, in dem die Aktivitäten der Institutsmitarbeiter im Jahr 2010, vor allem Vorträge, Gremienarbeit und Lehrveranstaltungen, zusammengetragen sind. Sie können den Rechenschaftsbericht (z. B. per E-Mail an nbi@sankt-georgen.de) beim Institut bestellen oder direkt von der Homepage (www.sankt-georgen.de/nbi) herunterladen.

7 NBI-Newsletter

Seit dem Herbst 2008 informiert das NBI regelmäßig per Email über seine Arbeit. Zwei bis drei Mal im Jahr verschicken wir unseren Newsletter. Er enthält jeweils eine Übersicht zu aktuellen Publikationen und neueren Interviews der Institutsmitarbeiter, den NBI-Standpunkt zu einem aktuellen Thema, sowie Terminankündigungen und manches andere mehr.

Den Newsletter können Sie unter newsletter@nell-breuning-institut.de bestellen. Wir freuen uns, wenn Sie zum Abonnentenkreis dazukommen wollen!